

## ÜBERBLICK

### ■ Populismus vs. Produktivität

Arbeitgeber in Ostdeutschland sorgen sich um Nachwuchs *Seite 1*

### ■ Sicher arbeiten

Die EU-Osha Kampagne für Sicherheit am Arbeitsplatz vorgestellt *Seite 3*

### ■ Aus dem Ruhrpott nach Europa

MdEP Dennis Radtke im Interview *Seite 3*

### ■ Inspiration für Tunesien



Delegation aus Tunis möchte den Europäischen Sozialen Dialog kennenlernen *Seite 5*

## EDITORIAL



*Liebe Leserinnen und Leser,*

*Anfang September hat die designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre Kandidaten/innen für die neue Kommission vorgestellt, die nun vom Europäischen Parlament angehört werden müssen. Kritik an der einen oder anderen Personalentscheidung ließ nicht lange auf sich warten, der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat den ungarischen Konservativen László Trócsányi und die rumänische Sozialistin Rovana Plumb nun aufgrund von Interessenskonflikten erst gar nicht zur Anhörung in den Fachausschüssen zugelassen. Es ist gut, dass das Parla-*

*ment seiner Verantwortung und Kontrollfunktion nachkommt; es zeigt, dass wir ein starkes und handlungsfähiges Parlament haben. Künftige Kommissare/innen müssen integer sein und authentisch ihr Portfolio im Interesse aller EU-Mitgliedsstaaten vertreten können, denn es steht viel auf dem Spiel, wenn die EU bei ihren Bürgern wieder mehr Glaubwürdigkeit zurückgewinnen möchte. Vertrauen aufbauen lässt sich auch mit einem ernst gemeinten sozialen Europa. Dazu gehört ein funktionierender, starker Sozialer Dialog. Junckers Ziel war ein triple social A rating. Seine Kommission hat hierfür viele Anstöße gegeben. Die neue Kommission unter Ursula von der Leyen muss daran anknüpfen und an der Vollendung des Triple-A arbeiten. Ich hoffe, dass Ursula von der Leyen wie angekündigt den Sozialen Dialog weit oben auf ihrer Agenda stehen haben wird. In jedem Fall gebührt Ihr heute bereits Respekt und Dank dafür, endlich für die erste – fast – paritätisch mit Frauen und Männern besetzte Kommission zu sorgen!*

*Sigrid Schraml  
Generalsekretärin*

## Populismus versus wirtschaftliche Zukunft

**Arbeitgeber befürchten, dass das starke Abschneiden der AfD in Ostdeutschland Fachkräfte abschreckt**

**V**erfügbare Flächen, gute Infrastruktur und aktive Wirtschaftsförderung – Angebote, wie das der Invest-Region-Leipzig lesen sich gut. Rund um die sächsische Boomtown mit ihren zahlreichen Mittelzentren soll die Wirtschaft weiterwachsen. Bei einem Blick auf die Wahlergebnisse der dortigen Mittelzentren anlässlich der kürzlichen Landtagswahlen entsteht aber kein wirklich offenes Bild. Rechtspopulismus hat

in diesen Regionen rund um Leipzig Hochkonjunktur, wie die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und auch in Brandenburg zeigen. Die rechtspopulistische und teils offen xenophob agierende Alternative für Deutschland (AfD) kommt dabei fast überall auf über 30 Prozent. Das besorgt die Arbeitgeber, die genau wie der Rest Deutschlands auf Fachkräfte aus dem Ausland mit angewiesen sind. Viele Menschen hätten mittlerweile



Sachsens Metropole Leipzig von oben

Foto: Stadt Leipzig

Angst, in den Freistaat zu ziehen, so die Befürchtung.

Bezeichnend sind dabei auch die Wahlergebnisse der Gewerkschaftsmitglieder. Laut Statistik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unterscheiden sich die Wahlergebnisse kaum von denen der allgemeinen Wählerschaft. In Zahlen ausgedrückt: 22,5 Prozent der Gewerkschaftler wählten die AfD in Brandenburg, 27,5 Prozent in Sachsen. Beide Male zweitstärkste Kraft.



Olivier Höbel von der IG-Metall

Foto: Frank Schnelle

Für Olivier Höbel, IG-Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, gibt es dafür eine Erklärung: „Allzu viele Beschäftigten haben mehrfach gebrochene Berufs-

biographien mit Leiharbeit und Mindestlohn-Niveau. Durch die massive Rotstift-Politik der vergangenen Jahre sind ganze Regionen von sozialer Infrastruktur abgehängt. Dies bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Menschen und ihr Wahlverhalten.“

Paradox klingen dann allerdings die Zufriedenheitswerte der Sachsen: Vier von fünf schätzen ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut ein, wie eine Infratest-Umfrage ergab.

Olivier Höbel spricht von einer gefährlichen Entwicklung, die auch die Arbeit der Gewerkschaften vor Ort beeinflussen werde. Konkrete Fälle, bei denen sich Arbeitnehmer aus Angst vor Fremdenfeindlichkeit an die Gewerkschaft gerichtet hätten, sind ihm aber bisher nicht bekannt: „Wir stehen gemeinsam mit der deutlichen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung für demokratische und welt-offene Strukturen und Betriebe. Insofern kommt es darauf an, rechtspopulistischen Phrasen so wenig Raum wie möglich zu geben.“

Dennoch ist keine Entwarnung zu geben, wie die Arbeitgebervertretungen betonen. 2016 schlossen sich 70 Betriebe aus Sachsen zum „Wirtschaft für ein welt-offenes Sachsen e.V.“ zusammen. Arbeitnehmer, die aus Angst nicht nach Sachsen zögen? „Darüber wird immer wieder gesprochen“, sagt Verbandsprecherin Sylvia Pfefferkorn. Es zeigt, dass Arbeitgeber längst Handlungsbedarf sehen. „Durch den zu befürchtenden Imageschaden im

In- und Ausland erwartete man eine Gefährdung der wirtschaftlichen und unternehmerischen Potentiale des Wirtschaftsstandorts Sachsen“, sagt Sprecherin Pfefferkorn, „Sachsen muss sich eingestehen, dass es ein Einwanderungsland sein muss.“ Die Statistik gibt ihr recht: Sachsens Einwohnerzahl ist seit der Wende um eine dreiviertel Million Einwohner gesunken, während sich die Bruttolöhne im gleichen Zeitraum verdreifacht haben. Arbeit ist also da, allein die Arbeitnehmer fehlen. Verbände wie „Wirtschaft für ein welt-offenes Sachsen“ versuchen dem mit Seminaren, Workshops und Aktionen entgegenzuwirken.

Der Verband besteht nicht nur aus Klein- und Mittelständlern: Volkswagen Sachsen oder Infineon haben sich angeschlossen. Das Problem scheint mittlerweile eine Dimension erreicht zu haben, die alle wirtschaftlichen Sparten durchdringt.

Sylvia Pfefferkorn sieht ebenso die Umwälzungen der Vergangenheit als Grund für den Rechtsruck: „Daraus ergeben sich Ängste, die rational oft nicht erklärbar sind.“ Eine Lösung scheint jedenfalls kurzfristig nicht in Sicht zu sein.

Lukas Fleischmann ■

# Die gebannte Gefahr am Arbeitsplatz

## Kampagne für Prävention und Schutz von Arbeitnehmern vorgestellt

Millionen europäischer Arbeitnehmer (ca. 17 %) sind am Arbeitsplatz gefährlichen Stoffen in Form von Flüssigkeiten, Gasen, Stäuben und Dämpfen ausgesetzt. Die Exposition gegenüber diesen Stoffen kann zahlreiche schwere Berufskrankheiten hervorrufen, die sich unter Umständen erst nach mehreren Jahren zeigen. Hierzu zählen Allergien, Hautkrankheiten, Krebs, Atemwegserkrankungen und Fortpflanzungsstörungen.

Trotz aller Fortschritte im Bereich der Technologie und Prävention, insbesondere in Bezug auf den kollektiven Schutz der Arbeitnehmer/innen sowie die Automatisierung, ist die Exposition gegenüber Gefahrstoffen aufgrund der Tatsache, dass EU-weit 100.000 Personen an den Folgen von Berufskrankheiten gestorben sind bzw. zusammen mit ihren Familien großes Leid erfahren mussten, aktueller denn je. Den jüngsten Berichten der internationalen Arbeitsorganisation zufolge sterben weltweit täglich 6.550 Menschen an den Folgen von Berufskrankheiten. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang auch die daraus resultierenden Kosten für die Sozialsysteme.

In den letzten Jahrzehnten stand dieses Thema, insbesondere das Problem von berufsbedingten Krebserkrankungen, die Tausende von Arbeitnehmern betreffen, wiederholt auf der Tagesordnung der Gewerkschaften und waren Gegenstand des europäischen Sozialen Dialogs. Zahlreiche EU-Richtlinien zur Exposition gegenüber chemischen, krebserregenden und mutagenen Risiken sowie Asbest

wurden verabschiedet. Obwohl Asbest in der EU verboten ist, kommt es an vielen öffentlichen und privaten Bereichen in Europa weiterhin vor, was nicht nur die betroffenen Arbeitnehmer, sondern auch andere in Gefahr bringt. Erwähnenswert ist dabei auch REACH, die nach langen Verhandlungen verabschiedete Grundverordnung zur Kennzeichnung, Vermarktung und Verpackung chemischer Stoffe.

Im Jahr 2010 unterstützte auch der Ausschuss hoher Arbeitsaufsichtsbeamter (CARIT/SLIC) in mehreren Ländern eine Kampagne gegen chemische Risiken unter der Mitwirkung von Einrichtungen, die sich der Inspektion und Förderung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz verschrieben haben. Die Debatte, die sich an Experten zu richten schien, erstreckte sich in der Folge auch auf die Medien.

Besonderes Augenmerk gilt hierbei dem Krebs, der in Europa die Hauptursache für tödliche Berufskrankheiten darstellt und Gegenstand zahlreicher Beschlüsse, Vereinbarungen und Absprachen zwischen den Sozialpartnern war.

2018/19 startete die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) eine weitere Informationskampagne zur Gesundheit am Arbeitsplatz. Gegenstand der Kampagne waren der Umgang mit Gefahrstoffen, die Förderung der Prävention – einschließlich der Praxis der Risikobewertung in Unternehmen – die Unterstützung des Austauschs über bewährte

Verfahren und die Umsetzung bestehender und teils verbesserungswürdiger EU-Rechtsvorschriften. Die Europäische Agentur verfügt über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Forschung und Information zu Sicherheit und Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern, und ihre Kampagnen haben in verschiedenen europäischen Ländern wesentlich zur Entwicklung einer Kultur der Prävention beigetragen.

Vor zwei Jahren hat sich das EZA den Kampagnen der EU-OSHA angeschlossen, da sich beide europäischen Einrichtungen seit Langem der Förderung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz verschrieben haben und somit ähnliche Interessen vertraten. Insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten hat das EZA immer wieder internationale Projekte zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern in ihr Fortbildungsprogramm aufgenommen und dabei von Stressfaktoren bis zur Prävention von Gefahrstoffen ein breites Spektrum abgedeckt. Im Rahmen der EU-OSHA-Kampagne organisierte das EZA im März dieses Jahres in Bonn ein internationales Seminar zu diesem Thema, an dem Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern und ein Vertreter der Europäischen Agentur teilnahmen. Diese EZA-Projekte, die Teil des europäischen Sozialdialogs sind, verfolgen stets das Ziel, den Arbeitnehmern und ihren Vertretern technische und politische Instrumente für eine positive Herangehensweise an die qualitative Verbesserung der Arbeit an die Hand zu geben.

*Antônio Brandão Guedes* ■

## „Wandel muss sozialverträglich sein“

### MdEP Dennis Radtke im EZA-Interview

Seit Mai 2019 sitzt Dennis Radtke (CDU) im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Europäischen Union. Der gebürtige Bochumer und ehemalige Gewerkschaftssekretär setzt sich dort für ein starkes und soziales Europa ein. Wir wollten von ihm wissen:

**Herr Radtke, wieso gerade der Beschäftigungsausschuss? Was ist Ihre Motivation?**

Radtke: Die Arbeits- und Beschäftigungspolitik sowie soziale Themen haben mich in meinem bisherigen politischen und auch beruflichen Werdegang stets begleitet. Viele Jahre war ich vor meiner Abge-

ordnetentätigkeit als Gewerkschaftssekretär tätig. In den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten kann ich nun meine berufliche Expertise am besten zielgerichtet in die politischen Diskussionen einbringen. Als Landesvorsitzender der CDA Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA besetze ich diese sozialen

Themen auch in der CDU. Mein persönlicher, heimatlicher Bezug zu diesem Thema darf hier nicht unerwähnt bleiben. Das Ruhrgebiet als Kohle- und Stahlregion ist besonders stark vom Strukturwandel betroffen. Diesen Wandel möchte ich für die Menschen in dieser Region sozialverträglich gestalten und auch dort tariflich gut bezahlte Industriearbeitsplätze erhalten.

Mich motiviert es, wenn ich einen Beitrag dazu leisten kann, dass Europa sozialer wird und sich die Arbeitsbedingungen für die Menschen in der ganzen Europäischen Union verbessern. Außerdem möchte ich verhindern, dass Menschen trotz Arbeit in Armut leben müssen. Dazu möchte ich die Rolle von Sozialpartnern in der EU stärken und Sozialpartnerschaften und tarifliche Mitbestimmung europaweit etablieren.

**EZA: Vor welchen Aufgaben und Herausforderungen stehen Sie in der kommenden Legislaturperiode?**

Radtke: Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, offene Projekte aus der letzten Legislaturperiode abzuschließen. Wir müssen nun an die bisherige Arbeit anknüpfen und sollten nicht alle Themenpunkte neu aufschneiden. Darunter fällt vor allem die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Außerdem möchte ich die Europäische Säule Sozialer Rechte weiter mit Leben füllen.

In Bezug auf die bevorstehenden Maßnahmen gegen den Klimawandel (z.B. der vorgestellte „Green New Deal“ der designierten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) müssen sozialverträglich ablaufen. Deshalb sehe ich es als meine Aufgabe an, die Regionen, die besonders vom Klimawandel betroffen sein werden, dabei zu unterstützen.

Eine Herausforderung sehe ich in meiner neuen Mitgliedschaft im STOA-Panel, der Arbeitsgruppe für Wissenschaft und Technologie. Dort vertrete ich den Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten. Diese Arbeitsgruppe hat das Ziel die Ausschüsse mit unabhängigen und qualitativ hochwertigen wissenschaftlichen Studien zu beraten. Gerade die technologischen Herausforderungen, die unsere Gesellschaft im Hinblick auf den Klimawandel zu meistern hat, bergen die Gefahr, dass gesellschaftliche und soziale Aspekte nicht stark genug

im Zentrum der politischen Diskussion stehen. Dabei müssen diese Themen stets als eins behandelt werden. Dafür werde ich mich verstärkt einsetzen.

Denn wenn soziale Aspekte in der Politik vernachlässigt werden, drohen große Teile der Bevölkerung den Anschluss zu

partnern ausgehandelte Tarifverträge. Ich möchte, dass Tarifverträge flächendeckend eingeführt werden.

Nicolas Schmit ist nicht mehr der Arbeitsminister von Luxemburg, einem Land das in etwa so viele Einwohner hat wie die Stadt Dortmund. Er muss sich bewusst



verlieren und zusätzlich kann die Demokratie Schaden nehmen. Das Erstarken von populistischen und antidemokratischen Parteien hängt meiner Meinung nach stark mit dem sozialen Aspekt zusammen.

**EZA: Welche Erwartungen haben Sie an die neue Kommission, wo müssen wichtige Impulse gesetzt werden?**

Radtke: Meine Erwartung an die Europäische Kommission ganz allgemein ist, dass das Spitzenkandidatenprinzip in einem Rechtsakt verankert wird und so nicht mehr, wie bei der letzten Europawahl geschehen, missachtet werden kann. Denn das Europäische Parlament ist die einzig demokratisch legitimierte Stimme der Wählerinnen und Wähler in Europa!

In Bezug auf meine Arbeit erwarte ich, dass die Kommission bzw. Herr Schmit als voraussichtlich neuer Kommissar die Säule sozialer Rechte weiter ausbauen wird. Allerdings spreche ich mich gegen den zur Debatte stehenden europaweiten Mindestlohn aus. Mindestlöhne schaffen keine Gerechtigkeit, sondern sind nur eine absolute Lohnuntergrenze. Gerechte Löhne gibt es nur durch von den Sozial-

sein, dass er in Zukunft Verantwortung für 500 Millionen Menschen tragen wird und alle Arbeiter in der gesamten EU von seiner Politik profitieren müssen.

**EZA: Welche Rolle müssen Institutionen wie das EZA seiner Meinung nach in diesem Umfeld einnehmen?**

Radtke: Die Existenz eines europaweiten Zusammenschlusses von Arbeitnehmerinteressen, wie das EZA eines ist, halte ich für sehr sinnvoll. Das Entstehen für christlich-soziale Werte und ein besonderes Augenmerk auf sozial Benachteiligte imponieren mir sehr. Auch die Tatsache, dass die Bildung als ein Mittel gesehen wird, um zu einem besseren sozialen Zusammenhalt in Europa beizutragen unterstütze ich außerordentlich.

Als Gewerkschaftssekretär kann ich deshalb bestätigen, wie wichtig die Arbeit des EZA ist. Deshalb begrüße ich, dass EZA mit seinem capacity building dazu beiträgt, Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen für ihre Aufgabe zu stärken und europaweit zu vernetzen.

**EZA: Haben Sie vielen Dank für das Gespräch!**

# Inspiration für das Geburtsland des Arabischen Frühlings

## Eine Delegation aus Tunis vor Ort in Königswinter



Ghayda Thabet von der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Foto: EZA / Fleischmann

**A**nfang September war eine Delegation der ESSECT (Ecole Supérieure des Sciences Economiques et Commerciales de Tunis) aus Tunesien zu Besuch im Arbeitnehmerzentrum Königswinter. Das Ziel der Reise: Den Sozialen Dialog in Deutschland kennenlernen. Denn in dem Land, in dem 2011 der arabische Frühling begann, ist nach wie vor viel im Umbruch. Ghayda Thabet war bei der Delegation dabei. Sie arbeitet für die Konrad-Adenauer-Stiftung, die die Reise koordinierte. EZA unterstützte bei der Programmgestaltung.

**EZA: Sie sind mit einer ganzen Reihe von Vertretern nach Deutschland gekommen. Welches Ziel verfolgen Sie?**

Thabet: Wir sind ja mit ESSECT eine wissenschaftliche Gruppe der Universität Tunis. Unser Ziel ist, Untersuchungen und Statistiken zu erarbeiten. Wir wollen messen und vergleichen können, wie weit wir beim Sozialen Dialog in Tunesien sind. Wir haben in unserer Heimat bei über 500 Firmen nachgefragt, wie sie den Sozialen Dialog wahrnehmen. Das Ergebnis ist, dass er überwiegend positiv gesehen wird. Wir glauben, dass er fundamental ist, um die Situation und die Wirtschaft in Tunesien zu verbessern. Die nötige Inspiration dazu wollen wir uns bei Reisen wie dieser holen.

**EZA: Wieso haben Sie gerade Deutschland ausgewählt?**

Thabet: Wir wollten wissen wieso und wie genau der Soziale Dialog hier funktioniert und warum er so viel Erfolg hat.

Das gilt natürlich genauso für den Sozialen Dialog auf europäischer Ebene. Wie funktionieren die Modelle? Was für Institutionen gibt es? Wie funktioniert eine Mediation hier? Alle diese Punkte sind essentiell für uns. Wir wollten aber nicht nur in der Theorie darüber sprechen. Denn zusätzlich zu den sehr interessanten Vorträgen und Seminaren konnten wir Firmen besuchen, um Beispiele konkret vor Ort zu erleben.

**EZA: Was hat Sie denn am Meisten überrascht?**

Thabet: Gerade was die Betriebsräte betrifft, haben wir, denke ich, einige Dinge mitgenommen. Wir haben gemerkt, dass ein Großteil des Erfolgs des Sozialen Dialogs in Deutschland dieser Partizipation zu verdanken ist. Dadurch haben wir gesehen, dass es viele Unterschiede zwischen dem tunesischem und dem deutschen Modell gibt. Wir sind natürlich durch unsere Geschichte sehr vom französischen Modell inspiriert. Wir haben aber leider gemerkt, dass wir nach den zahlreichen Streiks und der Krise der vergangenen Jahre neuen Input benötigen. Da kam die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis ins Spiel, die die Kontakte nach Deutschland hat.

**EZA: Wie zufrieden sind Sie denn mit den Ergebnissen?**

Thabet: Sehr zufrieden. Es war fundamental für uns, die Besonderheiten hier in Deutschland kennenzulernen. Wir haben jetzt einen Eindruck von den Arbeitsbedingungen und den Verhandlungsmöglichkeiten hier. Wir haben durch die Seminare außerdem noch einen europäischen Blick auf den Sozialen Dialog kennengelernt.

**EZA: Wie ist denn der Status quo des sozialen Dialogs in Tunesien?**

Thabet: 2018 hatten wir die Nationalratsversammlung zum Sozialen Dialog. Das ist eine gute Initiative und zeigt, dass etwas in Bewegung ist. Aber gerade in den verschiedenen Regionen Tunesiens gibt es noch viele Blockaden. Das liegt natürlich auch an der politischen Situation. Die Stimmung ist angespannt. Wir hatten hier einen Big Bang. Nach dem

arabischen Frühling gibt es auf einmal gibt es Freiheiten, demokratische Rechte und Streiks. Das Problem ist, dass das Verständnis dafür oft fehlt, was zum Beispiel Streiken eigentlich bedeutet.

**EZA: Wie meinen Sie das genau?**

Thabet: Ich habe manchmal den Eindruck, dass es eine Besessenheit in Tunesien geworden ist, zu streiken. Aber zu welchen Konditionen und mit welchen Grenzen? Klar, der Streik ist ein adäquates Mittel um Druck auszuüben. Aber wir streiken einfach nur, um zu streiken. Sie müssen allerdings verstehen, dass wir uns nach dem arabischen Frühling in einem Prozess des Umbruchs befinden, der manchmal nicht so ganz leicht ist. Daher brauchen wir einen starken Sozialen Dialog in Tunesien und wir müssen uns dafür Eindrücke außerhalb unseres Landes holen.

**EZA: Haben Sie vielen Dank für das Gespräch!**

## IMPRESSUM

### Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum  
für Arbeitnehmerfragen  
Johannes-Albers-Allee 2  
53639 Königswinter  
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0  
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22  
E-Mail: [eza@eza.org](mailto:eza@eza.org)  
[www.eza.org](http://www.eza.org)

### Redaktion

Sigrid Schraml (verantwortl.),  
Matthias Homey, Norbert Klein,  
Lukas Fleischmann, Victoria Zined

### Gestaltung und Satz

HellaDesign, 79312 Emmendingen  
[www.helladesign.de](http://www.helladesign.de)

### Fotos

EZA/Lukas Fleischmann,  
Stadt Leipzig, Frank Schnelle

### Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Diese Publikation wird von  
der Europäischen Union  
finanziell unterstützt.